
5324/J XXVII. GP

Eingelangt am 12.02.2021

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration im Bundeskanzleramt

betreffend Psychische Versorgung von Kindern

Familien gehören zu den am stärksten betroffenen Gruppen in der Krise. Sie müssen jeden Tag den Balanceakt zwischen Homeschooling, Homeoffice, Erziehung und Haushalt schaffen. Das Leben im Lockdown wird für viele Familien zur Belastungsprobe. Die Konflikte nehmen zu, die Zahl der Fälle von Gewalt in Familien steigt. Gewalt an Kindern beispielsweise hat während der CoV-Krise um 49% zugenommen. Die Umstände zeigen, dass in vielen Fällen die Perspektiven und Hoffnungen ausbleiben. Expert_innen gehen davon aus, dass der Druck in den Familien weiterhin zunehmen wird. Mit der Folge, dass, wenn der Druck steigt, auch Konflikte mehr werden und das auch wieder vermehrt zu Trennungen, zu Scheidungen, auch zu gewalttätigen Situationen führt (1). Eine wichtige Rolle spielen hier die Familienberatungsstellen. Schon vor der Covid-Pandemie leistete die Familienberatung mit ihren rund 400 Familienberatungsstellen einen unverzichtbaren und unermesslich wertvollen Beitrag für die psychosoziale Gesundheitsversorgung von Familien in Österreich. In Zeiten der Covid-Pandemie steht die Familienberatung vor außergewöhnlichen Herausforderungen und leistet einen wichtigen, systemrelevanten Beitrag. Mit der Dauer der Pandemie und den behördlichen Maßnahmen sowie den einschneidenden Veränderungen schwinden die persönlichen Ressourcen zunehmend und viele Menschen bzw. Familien stoßen an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit. Die Familienberatung in diesen Zeiten nicht ausreichend zu fördern, ist daher verantwortungslos. Denn bereits vor der Krise mangelte es der Familienberatung an finanziellen Mitteln.

Außerdem leiden besonders Kinder und Jugendliche unter den politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Laut einer aktuellen Studie der Donau-Universität Krems leiden aktuell 26% der österreichischen Bevölkerung an depressiven Verstimmungen, 23 % an Angstsymptomen und 18 % an Schlafstörungen (2). Besonders besorgniserregend sind laut Studienautor_innen die Ergebnisse bei jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren. Hier kam es zu einem sprunghaften Anstieg von rund 30 % auf 50 %. Expert_innen schlugen kürzlich auch medial Alarm: Essstörungen und psychische Probleme bei Kindern und Jugendlichen häufen sich seit dem Beginn der Corona-Krise (3).

(1) (<https://ooe.orf.at/stories/3085573/>)

(2) (<https://www.donau-uni.ac.at/de/aktuelles/news/2021/psychische-gesundheit-verschlechtert-sich-weiter0.html>)

(3) (<https://www.kleinezeitung.at/lebensart/gesundheit/5928755/CoronaFolgen-fuer-die-Psyche-Extremer-Anstieg-von-Esstoeerungen>)

(4) <https://www.familienberatung.gv.at/corona-krise/>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Konflikte in Familien zu reduzieren?
 - a. Wenn ja, welche und in welchem Ausmaß?
 - b. Wenn ja, welche Budgetmittel werden dafür in welcher Höhe herangezogen?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
2. Um wie viel Prozent wird das Budget der Familienberatungsstellen aufgebessert?
3. Welche Schritte haben Sie gesetzt, um die psychische und körperliche Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu verbessern?
 - a. Wenn ja, welche und in welchem Ausmaß?
 - b. Wenn ja, welche Budgetmittel werden dafür in welcher Höhe herangezogen?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
4. Welche zusätzlichen Angebote werden geschaffen, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Zeiten der Krise zu stärken?
 - a. Wenn ja, welche und in welchem Ausmaß?
 - b. Wenn ja, welche Budgetmittel werden dafür in welcher Höhe herangezogen?
 - c. Wenn nein, warum nicht?